



Thüringen verzichtet auf neue*n Antiziganismus-Beauftragte*n – MIA e.V. verurteilt diese Entscheidung aufs Schärfste

Mit großem Entsetzen und tiefem Bedauern nimmt die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus – MIA e.V. – die Entscheidung der Thüringer Landesregierung zur Kenntnis, die Stelle des*der Antiziganismus-Beauftragten nicht neu zu besetzen. Diese Entscheidung sendet ein fatales Signal – an die Sinti und Roma in Thüringen und darüber hinaus.

Die Bekämpfung von Antiziganismus ist keine abstrakte Verwaltungsaufgabe, die beliebig in ressortübergreifende Strukturen ausgelagert werden kann. Die Einrichtung eines*einer Beauftragten war ein wichtiges Zeichen der Anerkennung und des politischen Willens, antiziganistisch motivierte, systematische Diskriminierung wirksam zu bekämpfen.

„Wer glaubt, Antiziganismus ließe sich ohne klare Zuständigkeiten und politische Verantwortung bekämpfen, verkennt die Tiefe und Tragweite des Problems“, warnt Dr. Guillermo Ruiz, Geschäftsführer von MIA e.V. „Diese Entscheidung sendet ein fatales Signal an die Betroffenen.“

Antiziganismus ist tief in der Gesellschaft verankert. Seine Bekämpfung erfordert entschlossenes politisches Handeln, verbindliche Maßnahmen und klar benannte Zuständigkeiten – keine vagen Absichtserklärungen. Während MIA im vergangenen Jahr bundesweit fast 1.700 antiziganistische Vorfälle dokumentierte – ein besorgniserregender Anstieg um 400 im Vergleich zu 2023 – entzieht sich Thüringen dieser Verantwortung. Hinzu kommt die historische Verpflichtung Deutschlands gegenüber der Minderheit der Sinti und Roma, die im Nationalsozialismus systematisch verfolgt und ermordet wurde. Dass die Landesregierung nun einen institutionellen Rückschritt vollzieht, zeugt von historischem Unverständnis und politischer Verantwortungslosigkeit.

MIA e.V. fordert die Thüringer Landesregierung mit Nachdruck auf, diese Entscheidung zu revidieren und die Stelle des*der Antiziganismus-Beauftragten unverzüglich neu zu besetzen. Alles andere käme einem institutionellen Rückzug aus dem Kampf gegen Antiziganismus gleich – mit verheerenden Folgen für eine ohnehin marginalisierte Minderheit.

